



MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT,
GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE

Mainz, 31. März 2020
Nr. 077-3/20

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Stefanie Schneider
Pressesprecherin

Telefon 06131 16-2377
Telefax 06131 16-172377
Stefanie.Schneider@msagd.rlp.de

Corona

Information der Landesregierung zum aktuellen Stand hinsichtlich des Coronavirus

**Aktuell gibt es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2.839 bestätigte SARS-CoV-2 Fälle
und 22 Todesfälle.**

Landkreis	Bisher bekannt	Todesfälle
Ahrweiler	66	1
Altenkirchen	50	
Alzey-Worms	83	
Bad Dürkheim	170	2
Bad Kreuznach	95	
Bernkastel-Wittlich	62	
Birkenfeld	31	
Bitburg-Prüm	97	
Cochem-Zell	100	
Donnersbergkreis	59	1
Germersheim	68	1
Kaiserslautern	54	
Kusel	45	
Mainz-Bingen	117	
Mayen-Koblenz	233	1
Neuwied	134	2
Rhein-Hunsrück	104	
Rhein-Lahn-Kreis	85	2
Rhein-Pfalz-Kreis	62	
Südliche Weinstr.	80	
Südwestpfalz	44	1
Trier-Saarburg	79	1
Vulkaneifel	51	
Westerwaldkreis	143	2
Stadt	Bisher bekannt	Todesfälle



PRESSEDIENST

Frankenthal	19	
Kaiserslautern	53	1
Koblenz	124	5
Landau i.d.Pfalz	33	
Ludwigshafen	73	
Mainz	187	
Neustadt Weinst.	55	1
Pirmasens	15	
Speyer	24	
Trier	60	
Worms	73	1
Zweibrücken	11	

Stand: 10.30 Uhr

Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler bittet Kommunen um Abstimmung vor der Errichtung von Behelfseinrichtungen

„Angesichts der dramatischen Bilder aus Italien, Spanien oder Frankreich kann ich gut nachvollziehen, dass einzelne Landkreise und kreisfreie Städte nach Möglichkeiten suchen, um für einen „worst-case“ zusätzliche Unterbringungs- oder Behandlungskapazitäten in Behelfseinrichtungen zu schaffen. Dies ist selbstverständlich in eigener Zuständigkeit möglich. Allerdings sollte, falls dort tatsächlich auch Heil- und Krankenbehandlung beabsichtigt ist, eine enge Abstimmung mit Krankenhäusern und dem Gesundheitsministerium erfolgen“, so Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Sie habe daher Oberbürgermeister und Landräte in Rheinland-Pfalz in einem Schreiben darum gebeten, sich mit Krankenhäusern und dem Gesundheitsministerium abzustimmen, sofern sie vorhaben, im Zuge der Corona-Krise Behelfseinrichtungen zu schaffen.

„Es werden sehr unterschiedliche Modelle diskutiert, von der Nutzung früherer Gesundheitseinrichtungen bis zu Feldbetten in Turnhallen oder Zelten. Dabei ist eine Reihe von Fragestellungen zu klären – besonders, falls dort medizinische Behandlungen erbracht werden sollen“, betonte die Ministerin.

Der Vorstandsvorsitzende und Medizinische Vorstand der Unimedizin Mainz, Professor



PRESSEDIENST

Dr. med. Norbert Pfeiffer weist auf mögliche schnelle Verläufe bei COVID-19-Patienten hin: „Wenngleich viele Covid-19-Erkrankungen milde verlaufen, sind es insbesondere schwer vorerkrankte Patienten, bei denen eine Verschlechterung so schnell eintreten kann, dass sie von einem auf den anderen Tag eine intensivmedizinische Behandlung einschließlich einer Beatmung benötigen. Es ist daher sinnvoll, Covid-19-Patienten in einem Krankenhaus zu behandeln, in dem auch Intensivkapazitäten verfügbar sind. Eine Unterbringung von vermeintlich leicht Erkrankten in Behelfseinrichtungen ist in Rheinland-Pfalz daher weder ratsam noch notwendig. Zudem sollten Ärztliches Personal und Krankenpflegepersonal nicht durch Aufteilung auf zusätzliche Standorte geschwächt werden.“

Zunächst gilt es, die Behandlungsmöglichkeiten der Krankenhäuser zu nutzen und sie durch eine Erweiterung der Intensivkapazitäten zu stärken. In einem weiteren Schritt wird das Gesundheitsministerium die Rehabilitationskliniken mit einbeziehen. Bätzing-Lichtenthäler betonte: „Das in der letzten Woche vorgestellte Konzept zur Vernetzung der Krankenhäuser untereinander wird von den Kliniken gut angenommen, sie sind dabei, es umzusetzen. Ich freue mich, dass sich in Trier und Koblenz die Krankenhäuser sogar schon verabredet haben, die Koordinationsfunktion für das Versorgungsgebiet gemeinsam wahrzunehmen“. In das Konzept sollen auch kleinere Krankenhäuser, die aktuell nicht an der Versorgung von COVID-19-Patienten beteiligt sind, wie St. Goar/Oberwesel oder Adenau, eingebunden werden, da auch sie eine wichtige Rolle in der Patientenversorgung insgesamt spielen.

Einen Überblick über alle Maßnahmen der Landesregierung bietet die Internetseite www.corona.rlp.de.